



VERBRAUCHERSCHUTZ SCHAFFT SICHERHEIT.

Interview mit Klaus Müller, Vorstand des vzbv,
über die verbraucherpolitischen Forderungen
an die kommende Bundesregierung

Großbritannien möchte aus der EU austreten, in den USA wurde Donald Trump zum Präsidenten gewählt und die Zinsen befinden sich nach wie vor auf einem Rekordtiefpunkt. Was bedeuten diese Entwicklungen für Verbraucher?

Diese Umbrüche hinterlassen auch bei Verbraucherinnen und Verbrauchern Spuren. Die Welt scheint sich rasanter zu drehen als früher, wirkt weniger verlässlich, weniger stabil. Das verunsichert Verbraucher auch in Deutschland. Trotz der aktuell guten Wirtschaftsentwicklung blicken viele misstrauisch in die Zukunft. Dazu tragen auch Schwierigkeiten im Verbraucheralltag bei. Verbraucherschutz hingegen schafft Vertrauen: Laut einer Umfrage des vzbv fühlen sich 90 Prozent der Verbraucher mit gutem Verbraucherschutz sicher. Die Politik ist gefragt. Durch ein hohes Verbraucherschutzniveau kann sie Sicherheit schaffen und Vertrauen zurückgewinnen.

Wo sehen Sie aktuell den größten Handlungsbedarf beim Verbraucherschutz?

Leider in vielen Bereichen. Akut zeigt er sich zum Beispiel beim VW-Betrug. Die Politik muss schleunigst handeln, damit nicht zum Jahresende die Ansprüche der Verbraucher verjähren. Für die Zukunft brauchen wir dringend eine Musterfeststellungsklage, um in Fällen, in denen massenhaft Verbraucher geschädigt wurden, eine effektive Rechtsdurchsetzung für alle zu ermöglichen. Mit einer Musterfeststellungsklage könnte die Rechtslage in einem Verfahren für eine Vielzahl von Verbrauchern geklärt werden. Verbraucher könnten sich in ein Klageregister ein-

tragen und wären dann davor geschützt, dass ihre Ansprüche verjähren, bevor eine höchstrichterliche Entscheidung vorliegt. Langfristige Lösungen brauchen wir aber zum Beispiel auch bei der Altersvorsorge, sonst drohen existenzielle Notlagen im Alter. Die teure Riester-Förderung hat bis heute zu wenige für Verbraucher effiziente Produkte hervorgebracht. Erhebliche Teile der Gesellschaft steuern auf eine Vorsorgelücke zu, es profitiert hauptsächlich die Versicherungsbranche.

Was fordern Sie konkret zur Verbesserung der Altersvorsorge?

Der vzbv fordert die Einführung eines einfachen und kostengünstigen Non-Profit-Standardprodukts für die Altersvorsorge, das Gewinn für die Versicherten erwirtschaftet und nicht für einen Versicherungskonzern. Jeder Euro, der in der Verwaltung gespart wird, bedeutet für Verbraucher mehr Rendite und damit mehr Sicherheit für das Alter.

Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet immer weiter fort. Welche Herausforderungen schafft das für die Zukunft?

Neue Technologien können das Leben von Verbrauchern oft vereinfachen und verbessern. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Gleichzeitig müssen die Risiken und Gefahren der Digitalisierung kritisch reflektiert und so gut wie möglich eingedämmt werden. Algorithmen entscheiden etwa immer häufiger darüber, wer welche Informationen oder welchen Versicherungstarif erhält. Es ist wichtig, dass die Aufsichtsbehörden die Funk-

tions- und Arbeitsweise von Algorithmen nachvollziehen und gegebenenfalls regulieren können.

Im März dieses Jahres stand die digitale Welt auch im Zentrum des weltweit ersten G20 Consumer Summit. Welche Bilanz ziehen Sie?

Der Gipfel war eine einmalige Gelegenheit, mit Vertretern verschiedener Länder über Verbraucherrechte in der digitalen Welt zu diskutieren. Digitale Märkte enden nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Deshalb ist es essenziell, gemeinsam mit anderen Ländern an verbindlichen internationalen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Diesen Prozess wird der vzbv auf den kommenden G20-Gipfeln weiter vorantreiben.

Im September sind Bundestagswahlen. Wenn Sie zurückblicken, was hat sich aus Ihrer Sicht für Verbraucher in den vergangenen vier Jahren verbessert?

Verbesserungen gab es an einigen Stellen, etwa beim Datenschutz. Die Datenschutzgrundverordnung der EU schützt Verbraucher bald EU-weit und Verbraucherverbände haben nun eine Verbandsklagebefugnis, um gegen rechtswidriges Verhalten bei Datenschutzverstößen vorzugehen. Außerdem wurde die jahrelange Forderung des vzbv nach einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff endlich umgesetzt. Er ermöglicht erstmals allen Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Aber trotz dieser erfreulichen Entwicklungen gibt es nach wie vor einiges zu tun.

Was fordern Sie von der kommenden Bundesregierung, um den Verbraucherschutz zu verbessern?

Ich wünsche mir, dass die nächste Regierung die Sorgen der Verbraucher mehr in den Fokus ihrer Arbeit rückt. Verbraucherfreundliche Lösungen braucht es für eine erfolgreiche Energiewende genauso wie bei der Lebensmittelkennzeichnung oder der Finanzierung der Krankenversicherung. Für die kommende Legislaturperiode hat der vzbv 15 verbraucherpolitische Kernforderungen für alle wichtigen Bereiche formuliert. Verbraucher sind auch Wähler. Dessen müssen sich Politiker bewusst werden.

i VERBRAUCHERINFORMATIONEN FÜR FLÜCHTLINGE: PROJEKT SEIT 2016

Auch wenn die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge zurückgegangen ist, bleibt die Aufgabe der Integration als Langzeitprojekt bestehen. Um Geflüchteten im deutschen Verbraucheralltag zu helfen, wurde im September 2016 ein vzbv-Projekt ins Leben gerufen, das vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gefördert wird.

Ab dem Sommer 2017 präsentieren YouTube-Videos unterhaltsam und eingängig die wichtigsten Verbrauchertemen für Flüchtlinge. Geflüchtete werden so darüber informiert, wohin sie sich bei Problemen wenden können und die Arbeit der Verbraucherzentralen wird bekannter gemacht.

Das Projekt informiert Flüchtlinge zum Beispiel über

- Vertrags- oder Abofallen,
- was bei einer Mahnung zu tun ist und
- welche Versicherung für sie die richtige ist.

Integration durch Vernetzung fördern

Der vzbv tauscht sich auch mit den Verbraucherzentralen und anderen Verbänden zu Flüchtlingsthemen aus. So sollen Synergieeffekte genutzt und Wege kurz gehalten werden, um auf neu auftauchende Probleme schnell reagieren zu können. Die Verbraucherzentralen bauen ihr Angebot für Flüchtlinge, wie etwa Informationsveranstaltungen, weiter aus. Gemeinsam leisten der vzbv und die Verbraucherzentralen damit einen wertvollen Beitrag zur Integration der Geflüchteten.